

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Mit der vorliegenden ersten Nummer beginnt zur Entlastung der bisherigen „Ostland-Berichte“, die in Zukunft als Reihe A erscheinen werden, eine neue Reihe B, die zunächst dreimal monatlich erscheinen soll. Sie hat die Aufgabe, möglichst frühzeitig auf das wichtigste Material des beim Ostland-Institut bestehenden Wirtschafts-Archivs durch kurzen Bericht oder Teillüberlegung aufmerksam zu machen und so den deutschen Leser über die Stellung amtlicher, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Kreise Polens gegenüber den bedeutendsten polnischen Wirtschaftsproblemen zu unterrichten. Größere Abhandlungen wirtschaftlichen Inhalts werden wie bisher in Reihe A besprochen werden.

Die Schriftleitung dieser Reihe ist Herrn Diplomvolkswirt Rudolf Neumann, dem langjährige Mitarbeiter des Ostlands-Instituts übertragen worden.

Zum Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Danzig und Polen.

In den am 5. bzw. 18. September d. Js. zwischen Danzig und Polen geschlossenen Verträgen hat der langjährige Rechtsstreit über die volle Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen bekanntlich seine vorläufige Beilegung dadurch gefunden, daß Polen dem Danziger Hafen, „soweit es möglich ist“, gewisse Mindestmengen für seine Ein- und Ausfuhr zugestehen hat. Da in diesen Verträgen ferner eine gewisse Angleichung der Umschlagshöfen in Danzig und Gdingen vorgelegen ist (so durch Erhöhung der Gdingener Kosten oder durch einseitige Senkung der Danziger Sätze usw., ist aus den bisherigen Berichten nicht ersichtlich), bringt hier die Wochenschrift der wirtschaftlichen Ministerien Polens, ohne jedoch näher auf den Inhalt dieser Verträge einzugehen, unter dem Titel „Der wirtschaftliche Hintergrund des polnisch-Danziger Vertrages“ folgende grundsätzliche Betrachtung über diese Kostenfrage.

Wenn bei den letzten Verhandlungen zwischen Danzig und Polen als Diskussionsgrundlage nicht das letzte Kalenderjahr, sondern der Zeitraum vom 1. 7. 1932 — 30. 6. 1933 gewählt wurde, so sei dies nicht zufällig, sondern deshalb geschehen, weil in dieser Zeit ein ständiges (wenngleich geringes) Sinken der seewärtigen Ausfuhr Polens zu verzeichnen gewesen sei, man also mit dem Weiterwirken dieser Tendenz rechnen müsse. Das zweite, bedeutend wichtigere Kennzeichen dieses Zeitraumes aber sei die Tatsache, daß bei der Ausfuhr Gdingen im 1. Halbjahr 1933 Danzig bereits überholt habe. Obwohl der Hauptaustausch des Hafens bereits abgeschlossen gewesen sei, habe Gdingen seine Ausfuhr weiter gesteigert, und zwar trotz des Rückganges der gesamten Seerausfuhr Polens. Von dieser See-Ausfuhr hätten übernommen:

	im 1. Halbjahr 1932	im 1. Halbjahr 1933	
Danzig	2 324 000 to = 53 %	2 067 000 to = 48 %	— 257 000 to
Gdingen	2 059 000 to = 47 %	2 261 000 to = 52 %	+ 202 000 to
Insgesamt	4 383 000 to	4 328 000 to	— 55 000 to

Ausschlaggebend für die seewärtige Ausfuhr Polens seien bekanntlich Kohle, Koks und Holz. Daber entfielen auch in Danzig vom Gesamtumschlag des Hafenumschlags (257 000 to) auf Kohle

und Koks allein 231 000 to (während sich die HolzAusfuhr allerdings um 36 000 to erhöht habe), in Gdingen von der GesamtAusfuhrleistung um 202 000 to auf Kohle und Koks 119 000 to, auf Holz 87 000 to.

Wenn somit von dem Gesamtzuwachs der HolzAusfuhr von 123 000 to Gdingen mit 87 000 to den weitaus größten Teil an sich gezogen habe, so erklärte sich diese Entwicklung sehr leicht durch eine Unterföhrung der Umschlagshöfen in den beiden Häfen. Diese habe nämlich im Laufe der letzten Verhandlungen gezeigt, daß die Umschlagshöfen in Gdingen für Holz um 24 %, für Kohle gar um 39 % geringer als im Danziger Hafen gewesen seien.

„Es ist also nicht verwunderlich, daß die gewöhnliche Handelskalkulation in diesem Falle den Übergang der Ladungen von Danzig nach Gdingen bewirkt.“

Polens Seehandel habe sich nun trotz des Rückgangs der Ausfuhr in diesem Zeitraum noch — allerdings unbedeutend (von 4 867 000 auf 4 878 000 to) — steigern können, und zwar infolge der erhöhten See-Einfuhr. So bedauerlich diese Steigerung der Einfuhr auch wegen der Überföhrung der polnischen Handels- und Zahlungsbilanz sei, sei sie doch für die Häfen durchaus zu begrüßen, da sie das ungeheure Überwiegen der Ausfuhr in der Ladebilanz der Häfen vermindert habe. Der Einfuhrzuwachs habe sich nun auf die beiden Häfen, wie folgt, verteilt:

Einfuhr	1. Halbjahr 1932	1. Halbjahr 1933	Steigerung
Danzig	183 000 to = 60 %	190 000 to = 35 %	+ 6 457 to
Gdingen	121 000 to = 40 %	361 000 to = 65 %	+ 239 786 to
Insgesamt	304 000 to	551 000 to	+ 246 243 to

Der Prozentanteil der Einfuhr am Gesamtumschlag der Häfen habe betragen:

	in	1. Halbjahr 1932	1. Halbjahr 1933
Danzig		7,3 %	8,4 %
Gdingen		5,6 %	13,7 %

Wenn man nun den Hafenumschlag Gdingens eingehender unterföhrte, zeige sich die stärkste Steigerung der Einfuhr bei folgenden Waren: Schrott, Baumwolle, Seifen, Erze und Dhrile, Phosphorite, Kaffee, Kakao, Tee, Wolle, Gerbstoffe, Jute, Früchte,

(Zum Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Danzig und Polen)

Raufschuh, Kupfer, Rüsse und Mandeln. Zahlenmäßig stellte sich das Bild folgendermaßen dar:

	Einfuhrabsetzung über Odingen über Danzig (in 100)	Einfuhr- minderung über Danzig (in 100)	Differenz der Umschlagkosten (in %)
Schrott	112 240	3 800	— 25 3/4
Baumwolle	27 190	—	—
Seiden	17 440	6 800	32—50 1/4
Erze, Porzelle	17 340	— 7 550	10—18 1/4
Phosphorite	15 860	4 220	27—28 1/4
Kaffee, Kakaos, Tee	6 170	— 1 440	20—26 1/4
Wolle	5 160	— 1 320	25 1/4
Oberflächen	4 180	2 670	39 1/4
Getreide	4 130	— 90	37 1/4
Metalle	3 760	— 570	(fehlt)
Raufschuh	1 970	100	31 1/4
Kupfer	1 200	— 70	25 1/4
Rüsse und Mandeln	816	— 280	(fehlt)
Insgesamt	217 446	17 590	11 320
			= + 6 270

Aus dieser Aufstellung soll hervorgehen, daß „Danzig bei den Waren, deren Einfuhr über Gdingen am stärksten gestiegen ist, gleichfalls eine Steigerung aufweist, d. h. man kann sagen: im allgemeinen ist die Steigerung der Einfuhr über Gdingen nicht auf Kosten Danzigs geschähen, sondern ausschließlich durch ausgiebigere Leistung der wachsenden See-Einfuhr Polens nach Gdingen erfolgt.“

(Zu dieser, vom Verfasser geforderten Feststellung kann man heute nur noch bemerken: Sie mag für den gewählten Zeitraum eventuell zutreffen, ganz anders aber stellt sich das Bild natürlich dar, wenn man die Zeit vor diesem Aufschwung Odingens zum Vergleich heranzieht. Red.)

Auf die Frage, weshalb im Einzelnen diese Ofter ihren Weg über Odingen und nicht über Danzig genommen haben, liefert Verfasser nur folgende Antwort:

Bei einem so geringwertigen Massengut wie Schrott z. B. seien die Umschlagkosten für entscheidend für die Gesamtkalkulation, daß der Kostenunterschied von 25 % die Abwanderung von Danzig nach Odingen zur Gänze erkläre. Ähnlich sei die Lage auch bei den übrigen Massengütern wie Phosphoriten, Erzen und Porzellan, wiewohl hier die Kostenifferenz geringer sei. Zwar sei hier die in langen Jahren erworbene Spezialisierung des Danziger Hafens von einiger Bedeutung.

„Aber selbst solche ausnahmsweisen organisatorischen Werte des Danziger Hafens können weder der polnischen Wirtschaft noch nach der Freien Stadt Danzig vollen Nutzen bringen, denn sowohl die Hafenkosten wie die Arbeitslöhne in Danzig sind so hoch, daß die Arbeit des Gdingener Hafens, der erst einige Jahre der Erfahrung besitzt, selbst in diesem Falle sich im Endeffekt billiger stellt.“

Um so verständlicher sei also, daß diejenigen Waren nach Odingen abwandern, bei denen wie z. B. bei Kupfer (25 %), Raufschuh (31 %), Getreide (37 %), Oberflächen (39 %), Seiden (50 %) der Unterschied noch höher sei und die größeren Bequemlichkeiten, die Danzig dank seiner älteren Traditionen bieten könne, mehr als aufwiege.

(Ein kurzer Blick auf die vom Verfasser gebotene Aufstellung genügt allerdings, um zu erkennen, daß gerade in denjenigen Fällen, in denen die Kostenifferenz besonders hoch ist, z. B. bei Seiden oder Oberflächen, Danzig durchaus keine Minderung, sondern sogar eine Steigerung seiner Einfuhr verzeichnen konnte; diese Beobachtung aber entspringt durchaus der allfälligen Feststellung, daß für die Wahl des Hafens die verschiedensten Einflüsse, durchaus nicht allein die Höhe der Umschlagkosten, entscheidend gewesen sind! Red.)

„Im Licht dieser Zahlen wird es verständlich, daß der Gdingener Hafen dank seiner heute konkurrenzlosen Billigkeit eine ganze Reihe von Waren anziehen kann, die nicht nach Danzig, das an seinen hohen Preisen festhält, gehen werden.“ (Ergänzungen vom Verfasser. Red.)

Schließlich gäbe es noch verschiedene Güter; bei denen der Grund für die Bevorzugung Odingens ein anderer zu sein scheint. Das beste Beispiel sei die Baumwolle, die bis vor kurzem über die deutschen Häfen gegangen sei.

„Danzig war noch von der Vorkriegszeit darauf eingestellt, sich mit der bescheidenen Stellung zu begnügen, die ihm von der deutschen Wirtschaft unter den übrigen Häfen eingeräumt worden war. Trotz der veränderten Bedingungen beharrt es in seiner konservativen Gesinnung und verstand somit in diesem Falle nicht, die Baumwolle für sich zu erlangen. Daher vermeidet die Baumwolle schließlich den teuren Landtransport und die übrigen Kosten dank der Schaffung . . . der Umladebasis in Gdingen, die übrigens mit sehr großen finanziellen und akquisitorischen Mühen erfolgte.“

Ähnlich stellt sich die Lage dar bei der Einfuhr von Früchten, wo ebenfalls in Gdingen die gesamte Einfuhrorganisation zu schaffen war. Heute sind Baumwolle und Früchte dank der geschaffenen Organisation schon Eigentum Gdingens, obwohl sich im Danziger Hafen die gleiche Organisation mit weit weniger Mühen hätte schaffen lassen . . . wenn Danzig seinerzeit die Lage gebührend ausgenutzt hätte.“

Man könne also feststellen, daß zur Zeit des Vertragsabschlusses „die Organisation des Danziger Hafens sowohl wegen des Fehlens akquisitorischer Gewandtheit auf Seiten Danzigs als auch infolge des hohen Niveaus der Danziger Preise der Stagnation erliegen und schließlich sowohl für die polnische Wirtschaft wie für Danzig nutzlos war.“ (Ergänzungen vom Verfasser. Red.)

„Daher scheint auch der wirkliche Wert des abgeschlossenen Vertrages nicht auf der Festlegung dieses oder jenes Anteils an Ladungen für Danzig zu beruhen. Diese Zuteilung kann natürlich als erster Versuch in dieser Richtung unvollkommen sein, übrigens auch nach dem Vertrage selbst gemäß veränderter Bedingungen Änderungen erfahren. Seine wirkliche Bedeutung liegt vielmehr darin, daß er die Untersuchung der Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit beider Häfen ermöglichen soll. Die einstweilige dem Danziger Hafen zugestandene „Kontingente“ aber haben zur Aufgabe, für das kommende Jahr die Atmosphäre des Friedens zu schaffen, die für eine zweckmäßige Untersuchungstätigkeit unerlässlich ist.“ (Von uns gefordert. Red.)

„Aus den obigen Zahlen . . . aber kann man sich überzeugen, daß das Feld für eine Zusammenarbeit durchaus vorhanden ist, und daß bei entsprechender Gewandtheit und Einsicht in die Lage seitens der Handelskreise sowie der Behörden und Hafenverwaltungen die Gestaltung des Wirtschaftsumsatzes Polens — selbst in der Zeit der heutigen Krise — beiden Häfen des polnischen Zollgebietes eine rationelle und zufriedenstellende Entwicklung sichern kann.“

[Z. Grabski in: „Polska Gospodarka“ 1933 (Nr. 38 vom 23. 9. 1933), S. 1147—49.]

*

Der selbe Verfasser hat sich über die gleiche Frage noch an anderer Stelle — unter der knappen Überschrift „Danzig ist zu teuer“ — geäußert, um diese Gelegenheit zu einem erneuten verkappten Angriff auf die Danziger Währungsansatzungen. Dort heißt es u. a.:

Für die wichtigsten polnischen Ausfuhrmassengüter sei kürzlich folgender Vergleich der Umschlagkosten (pro 1000 Hafenabgaben) aufgestellt worden:

	Danzig	Odingen
Holz (kieserne Bretter)	10,04 Zł. 100 %	7,58 Zł. 76 %
Kohle (Umschlag durch Förderband an „Normal-trimmer“)	2,13 „ 100 %	1,30 „ 61 %
Porzelle (in Stücken)	2,00 „ 100 %	2,35 „ 100 %
Zucker	8,45 „ 100 %	7,10 „ 84 %

012285

(Zum Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Danzig und Polen)

Der größte Kostenunterschied zugunsten Öbingsens sei also bei der Kohle zu verzeichnen, und zwar als Folge, daß die wichtigsten Kohlenexporteure in Öbingen eigene Umschlagseinrichtungen unterhalten (müssen!), für die sie kleine Kettengräben errichten. Übrigens stünden diese Anlagen technisch höher als die entsprechenden Danziger Einrichtungen.

Ähnlich wie bei den Massengütern, bei denen die Kosten Differenz zugunsten Öbingsens rund 25–35 % (in einigen Fällen sogar bis 50 %) betrage, seien für Stückgüter z. B. folgende Differenzen ermittelt worden:

Umschlagskosten	in Danzig	in Öbingen
für Kaffee, Kakao	12,06 Zl. 100 %	9,05 Zl. 75 %
„ Tee	14,49 „ 100 %	11,60 „ 80 %
„ Häute	10,75 „ 100 %	7,60 „ 71 %
„ Wertstoffe	12,06 „ 100 %	7,35 „ 61 %

Zwar könnten sich die Kalkulationen gelegentlich ändern, doch sei die Konkurrenzlosigkeit Öbingsens heute über jeden Zweifel erhaben.

„Eine andere Sache ist es, daß Danzig (die Stadt, nicht der Hafen) eine Reihe von Bequemlichkeiten besitzt, die eine leichere Organisation der Umschlagsinteressen bewirken. Aber die rasch vorwärtsschreitende Vervollkommenheit des Handels in Öbingen, ferner dessen Entfaltung zum wichtigen Zentrum finanzieller Interessen und schließlich die immer größerer organisatorische Leistungsfähigkeit der Gdnginerer Speditionsfirma verringern mit jedem Tage den Unterschied zwischen den Handelsbequemlichkeiten Danzigs und Gdingens.

Hinsichtlich der in beiden Häfen umgeschlagenen Güter ist also entschieden anzustreben, daß Danzig die Kosten senke und sie dem Niveau der Umschlagskosten in Gdingen anpasse, dann erst werden die organisatorischen Werte des Danziger Hafens der polnischen Wirtschaft wie der Freien Stadt den vollen Nutzen bringen können.“ (Von uns gesperrt, Red.)

Besüßlich der Güter aber, für die Danzig wegen des Fehlens von Spezialeinrichtungen in Öbingen das Monopol besthe, z. B. für Getreide oder Rohstoffe, sei

„wegen der Besonderheit der Danziger Währung, vornehmlich mit Rücksicht auf die polnische Zahlungsbilanz, zu fordern, daß der Umschlag über die Freie Stadt gegenüber den anderen bestehenden Seeverkehrswegen für diese Güter konkurrenzfähig sei.“

Dieser Forderung Polens werde natürlich sofort die populäre These von der Verpflichtung Polens zur vollen Ausnutzung des Danziger Hafens entgegengesetzt werden.

„Dieser Standpunkt ist aber heute meritorisch nur noch bis zu gewissem Grade berechtigt, denn er kann juristische und ökonomische Rechtfertigung nur in dem Falle finden, wenn die Wirtschaft des Danziger Hafens, sowie die Wirtschafts- und Währungspolitik der Freien Stadt in Danzig als dem Hafen, der das polnische Hinterland bedient, in wirtschaftlicher Hinsicht erträgliche Bedingungen schaffen. Polen besitzt Danzig gegenüber Verpflichtungen, denen es sich nicht zu entziehen beabsichtigt, aber sie sind nicht einseitig, und die Freie Stadt, die gerade als Hafen für Polen geschaffen wurde, besitzt ebenfalls Verpflichtungen gegenüber Polen.

Die Forderung auf Senkung der Umschlagskosten über Danzig ist durchaus nicht gleichbedeutend mit der Forderung auf Senkung des Lebensstandards in Danzig, wie gewisse Danziger Kreise zu suggerieren bemüht sind. Das vorjährige Beispiel Englands bildet den klaren Beweis dafür, daß selbst die Anwendung eines so radikalen Mittels zur Preissenkung wie der Währungs- senkung sich keineswegs ungünstig auf den „standard of life“ auswirken muß.

Die Freie Stadt Danzig, die in ihren Einkünften vollkommen von den aus Polen kommenden Ladungen abhängig ist, muß

sich der Wirtschaftspolitik des polnischen Staates anpassen. Die bisherige Politik des Senats der Freien Stadt Danzig dagegen führte zu der gegenwärtigen paradoxen Lage Danzigs, das, de facto mit Polen wirtschaftlich verbunden, künstlich eine für beide Teile schädliche fiktive „splendid isolation“ geschaffen hat.“ (Von uns gesperrt, Red.)

[Z. Grabski in: „Gospodarka Narodowa“ 1933 (Nr. 17–18 vom 15. 9.), S. 278–279.]

*

Der neue polnische Zolltarif und die Handelsvertragsverhandlungen Polens.

Da der neue prohibitive Zolltarif Polens unweigerlich am 1. Oktober d. Js. in Kraft treten soll, hat Polen im September mit einer ganzen Reihe von Staaten, u. a. mit Frankreich, Österreich, der Schweiz und der Tschechoslowakei, beschleunigt Verhandlungen über die Revision der bisherigen Handelsverträge und Zollkonventionen in Angriff genommen, über deren Verlauf die polnische Presse übereinstimmend etwa folgendes mitteilt:

Die am 7. September in Paris begonnenen Verhandlungen zur Revision des polnisch-französischen Abkommens vom 9. 12. 1924, die polnischösterreichische vom dem Unterstaatssekretär im Handelsministerium, Dr. Dolezal, geführt werden, sollen zwar im allgemeinen recht günstig verlaufen, immerhin aber nachdrücklich noch einige Wochen beanspruchen. Die am 4. 9. in Bern begonnenen Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Abkommens mit der Schweiz sollen an keine wesentlichen Schwierigkeiten stoßen. Der Handelsvertrag mit Österreich sei fast vollkommen fertiggestellt, sein Abschluß verzögere sich nur durch mehr technische Hindernisse. Mit der Tschechoslowakei, die bisher den wohl umfangreichsten Tarifvertrag mit Polen besaß, sind die Verhandlungen erst am 14. 9. in Warschau aufgenommen worden. Über den Verlauf dieser Verhandlungen, die ansehend doch auf größere Schwierigkeiten stoßen, ist bisher Räuberisches noch nicht bekanntgegeben worden.

Welche Linie Polen grundsätzlich bei diesen Verhandlungen verfolgt, erhellt aus einem vielbeachteten Aufsatz „Zolltarif und Verträge“, den der stellvertretende Leiter der Abteilung für Handelspolitik und -verträge im polnischen Handelsministerium, Dr. J. Łochowski, der selbst an den französisch-polnischen Verhandlungen maßgeblichen Anteil nimmt, kürzlich in der Wochenchrift der wirtschaftlichen Ministerien Polens veröffentlicht hat. In diesen Vorlesungen, an denen besonders auffallend ist, daß darin die Handelsbeziehungen Polens zu Deutschland überhaupt nicht erwähnt werden, (und zwar, obwohl Verfasser für die Märkte, die seinerzeit so geräuschvoll als wertvoller Erfolg für den deutschen Handel reklamiert wurden, eine außerordentlich betrübende Entwicklung aufzeigen muß) wird ungefähr folgendes ausgeführt:

Bereits vor längerer Zeit (Polska Gospodarka 1933, Nr. 11) habe Verfasser geltend, daß Polen bereits abgeschlossene Tarifverträge mit England, der Tschechoslowakei, Österreich und Frankreich, minder umfassende Verträge mit Italien, der Schweiz, Belgien und Holland besitzen müsse. Diese Forderung

„berücksichtige nur die eine der Anormalitäten des Baues unseres Konventionstarifes, nämlich das Fehlen geregelter Handelsbeziehungen mit unseren zwei größten Nachbarn und die daraus sich ergebende Notwendigkeit, mit territorial entlegeneren Ländern Vertragsbeziehungen anzuknüpfen . . .“

Inzwischen habe die handelspolitische Lage Polens durch die Bildung des sogenannten „Goldblocks“, dem neben Frankreich, Belgien, Holland, der Schweiz und Italien auch Polen angehöre, eine bedeutende Wandlung erfahren, denn

„alles weist darauf hin, daß selbst, wenn die äußeren Gründe, die zur Entstehung des Blocks geführt haben, verschwinden würden, er bestehen bleiben würde . . . wegen der zweifellos veränderten Bedingungen der internationalen Konkurrenz, wie sie der Valutasturz in den Vereinigten Staaten sowie die Unklarheit der Lage im „Sterlingblock“, die stets die Gefahr von Überraschungen in sich birgt, herbeigeführt ha-

(Der neue polnische Zolltarif und die Handelsvertragsverhandlungen Polens)

ben ... Es fügt sich gut, daß gerade mit diesen Ländern der Ausbau unserer Vertragsbeziehungen von vornherein beabsichtigt war ...

Von den Partnern des Goldblocks habe bisher nur Frankreich einen umfangreicheren Tarifvertrag mit Polen belessen. Dieser sei aber zu weitreichend, und auch die Zahl der Frankreich eingeräumten Zollleichterungen müsse unbedingt bedeutend vermindert werden. Mit Belgien befände ein (allerdings nur wenige Positionen umfassendes) Tarifprotokoll vom 10. 6. 1933, die Möglichkeit einer vertraglichen Regelung mit Holland sei (allerdings auch nur in bescheidenem Umfang) gegeben. Mit der Schweiz und Italien seien Verhandlungen aufgenommen worden, jedoch damit sämtliche Partner des Goldblocks in den Bereich der polnischen Handelspolitik einbezogen seien.

Von den übrigen Handelskontrahenten Polens sei im Norden der wichtigste England, das im 1. Halbjahr 1933 rund 20 % des Werts der polnischen Ausfuhr übernommen habe. Die vertragliche Regelung dieser Handelsbeziehungen sei also unbedingt notwendig. Zwar könnte ein weiteres Sinken des Pfundes hemmend auf die Vertragsverhandlungen wirken, entscheidend für ihre Führung aber sei

„die Aufnahmefähigkeit des englischen Marktes für unsere Ausfuhr, die wir, bei sehr geringer Tendenz zum Sinken, fast schon als wertmäßig stabilisiert ansehen können.“

Ganz anders stelle sich heute die Lage auf den skandinavischen Märkten für Polen dar.

„Heute ist es sicher, daß nach den Verträgen dieser Staaten mit Großbritannien sie fast unwiderruflich in den Bannkreis der britischen Politik einbezogen worden sind und sie mindestens auf lange Jahre hinaus für uns als Märkte eine geringere Rolle spielen werden. Im 1. Halbjahr des Vorjahres setzten wir auf diesen Märkten für rund 65,3 Millionen Zloty Waren ab, im gleichen Zeitraum dieses Jahres nur für 48 Millionen Zloty. Der Rückgang beträgt schon jetzt über 20 %, man muß fürchten, daß er größer werden wird.“ (Von uns geperrt. Reb.)

Die schwerwiegendsten Wandlungen aber seien im Südwesten erfolgt. Ein Vergleich der polnischen Ausfuhr der letzten Jahre nach Österreich und der Tschechoslowakei liefere folgendes Bild:

	nach Österreich	nach der Tschechoslowakei
im 1. Halbjahr 1932	41,9	56,4 Millionen Zloty
im 1. Halbjahr 1933	23,0	20,8 „ „

In einem Jahre sei also der polnische Export nach Österreich um 45 %, nach der Tschechoslowakei gar um 53 % gefallen; in der Zeit vor der Krise habe der Export nach diesen Staaten stets mehr als 20 % der polnischen Gesamtausfuhr betragen, in dem 1. Halbjahr 1933 jedoch nur noch 10 %.

„Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß sich in unserer Handelsexpansion nach den Donaumärkten für uns höchst ungünstige Strukturwandlungen vollziehen. Österreich und die Tschechoslowakei hören auf, für uns erstklassige Märkte zu sein. Die Ausfuhr dorthin übersteigt, wenngleich immer noch bedeutend, das Niveau unserer Ausfuhr nach Ländern wie Belgien, Holland oder Schweden nicht mehr. Es erhebt sich jetzt die Frage: haben wir es hier mit einer dauernden Erscheinung zu tun oder ist der Rückgang der Umsätze hier vorübergehend? Es scheint uns leider, daß die erstere Annahme die richtige ist ...

Wir haben alles Recht anzunehmen, daß die österreichische Frage — so wie sie sich heute darstellt — über kurz oder lang irgendwelche wirtschaftliche Lösung herbeiführt,

deren Ergebnis eine Veränderung des heutigen handelspolitischen status quo in diesen Gebieten sein wird.“

Wie aber auch diese Lösung der österreichischen Frage ausfallen sollte, „in jedem Falle müssen wir feststellen, daß bisher jede der vorgebrachten Konzeptionen zur Regelung der ... Wirtschaftsbeziehungen im Donauraum für uns ungünstig war. Beachten wir jetzt noch, daß schon bei dem gegenwärtigen status quo unsere Umsätze mit Österreich und der Tschechoslowakei um ungefähr die Hälfte (bei Berücksichtigung der Verminderung unserer gesamten Außenhandelsumsätze) fallen konnten ... so können wir kühn folgen, daß jede Wandlung dieses status quo auf sie nur in noch ungünstigerem Sinne wirken kann.“ (Von uns geperrt. Reb.)

Jandtsch müsse abgemauert werden, wie sich der neue Tarifvertrag mit Österreich auswirken werde. Bei den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei müsse unbedingt darauf hingewirkt werden, daß die bisher der Tschechoslowakei eingeräumten Zollvergünstigungen — in noch stärkerem Maße als gegenüber Frankreich — eine Reduktion erfahren.

Zum Schluß befaßt sich der Verfasser noch kurz mit dem Staat, mit dem Polen zwar bisher keinen Handelsvertrag beßse, der aber in der polnischen Ausfuhr eine immer größere Bedeutung annehmen beginne, nämlich mit Rußland. Der Abschluß eines normalen Handelsvertrages mit Rußland sei allerdings äußerst schwierig, falls nicht gar überhaupt unmöglich, in jedem Falle müßte aber verhindert werden, daß der neue polnische Zolltarif irgendwie den polnisch-russischen Warenaustausch schädige.

[T. Lychowski in: „Polska Gospodarcza“ 1933 (Nr. 35 vom 2. 9.), S. 1055—1058.]

Gegängig sei bemerkt, daß die hier geforderte Regelung des Handelsverkehrs mit Rußland im September durch einen in Warschau erfolgten russisch-polnischen Notenwechsel herbeigeführt worden ist. Dieses, allerdings nur bis zum 1. 4. 1934 gültige Zoll- und Kontingentsabkommen mit der Sowjetunion (über dessen Inhalt und Bedeutung an anderer Stelle berichtet werden soll) kann möglicherweise zum Muster werden für die Regelung der Handelsbeziehungen Polens zu den Staaten, die ihren Warenaustausch mit Polen aus irgendwelchen Gründen einer vertraglichen Regelung nicht oder noch nicht unterziehen können, also eventuell auch mit Deutschland?

*

Gefährdung der polnischen Kohlenausfuhr nach Irland.

In der ersten Hälfte des Jahres 1933 wurde der steigende Rückgang des polnischen Kohlenabsatzes, z. B. auf den skandinavischen Märkten, in recht erheblichem Maße durch die überraschenden Abnahmefähigkeiten, die der englisch-irische Wirtschaftshilfsrat der polnischen Kohle in Irland eröffnet hatte, wieder wettgemacht. Daber erweist die sich neuerdings ankündigende Wirtschaftsverhandlung zwischen Irland und Großbritannien in der polnischen Presse sehr begriffliche Beforgnis um das künftige Schicksal der polnischen Kohlenausfuhr nach Irland, die sich rechtzeitig so günstig entfaltet hatte. Im nun auch trotz des eventuellen Fortfalls des irischen Einfuhrzolls für englische Kohle, die bisher zum Teil den Abzug polnischer Kohle in Irland ermöglicht hatte, diesen Markt weiter; beliefern zu können, fordert die polnische Presse scheinungl. vertragliche Vereinbarungen mit Irland hinsichtlich der Festsetzung bestimmter Einfuhrkontingente für die polnische Kohle.

[I. K. C. (Krakau) Nr. 258 vom 17. 9. 1933, Polonia Nr. 3205 vom 13. 9. 1933.]